

Workshop der DGB-Senioren Hamburg für die gewerkschaftlichen Delegierten in den Hamburger Delegiertenversammlungen (SDVs) und für weitere aktive SeniorInnen des DGB in den Hamburger Bezirken

Thema: Forderungen der SeniorInnen an die Politik zu Wohnen, Mobilität und Digitalisierung (Altersdiskriminierung)

27. Oktober 2022

Einstieg in die Thematik

Der Workshop wendet sich mit den Themen Wohnen, Mobilität und Digitalisierung/ Altersdiskriminierung an die GewerkschafterInnen der Bezirke; die Forderungen der Gewerkschaften können nur auf kommunalpolitischer Ebene umgesetzt werden. Von besonderer Bedeutung dabei sind die Bezirksseniorenbeiräte in den Hamburger Bezirken (s. das Hamburgische Seniorenmitwirkungsgesetz (HmbSenMitwG)).

Es geht letztlich um die Umsetzung ins Praktische und betrifft das Lebensumfeld älterer Menschen. Den Forderungen liegt ein neues Altersbild zugrunde. Die ältere Generation tritt nicht wie früher von der Bühne ab, sondern nimmt aktiv teil am gesellschaftlich-politischen Leben. Das heißt, die Lebensverhältnisse müssen den Bedürfnissen der älteren Generation angepasst sein. Dies wollen wir an den drei angesprochen Themen verdeutlichen.

Ein Beispiel sei schon an dieser Stelle gegeben: Die Durchsetzung der Digitalisierung stößt an ihre Grenzen, wenn Filialen in den verschiedenen Geschäfts-Bereichen und bestimmte Behördenstellen aus ökonomischen Gründen geschlossen werden, ohne auf die Bedürfnisse der Älteren nach Anlaufstellen Rücksicht zu nehmen. Es muss die Möglichkeit gegeben sein, Termine zu vereinbaren.

Auch die Energieversorgung ist, jedenfalls teilweise, kommunalpolitisch geregelt, und es bedarf daher spezieller Auskünfte.

Für die Gewerkschafter ergibt sich die Frage: Wie können die Interessen der älteren Menschen durchgesetzt werden, und zwar – wie gesagt – auf kommunaler Ebene?

Die DGB-Senioren Hamburg betrachten die folgenden Protokolle der drei Arbeitsgruppen als Diskussionspapier für weitere Ausarbeitungen zu den Themen Wohnen, Mobilität und Digitalisierung/Altersdiskriminierung.

Arbeitsgruppe Wohnen

Geförderter Wohnraum

Im ersten Halbjahr 2022 sind in Hamburg nur wenige neue Sozialwohnungen bewilligt worden und der Bestand schmilzt weiter, weil die Förderungen auslaufen. Dadurch ist die

Prognose für Entspannung des Wohnungsmarktes negativ; darunter leiden besonders einkommensschwache (nicht nur) RentnerInnen.

Energiekosten und Wohngeldreform

Die Wohngeldanträge sind zurzeit neun Seiten lang, plus zwei Seiten Belehrung und werden durchschnittlich ein halbes Jahr lang bearbeitet.

Die ersten Energiekostenabrechnungen sind mit z.T. 2000 Euro/Jahr eingegangen.

Die Wohngeldstelle soll in Hamburg aus den Bezirken rausgenommen und zentralisiert werden. Dafür ist die Einrichtung von 100 neuen Stellen beabsichtigt.

Die Einkommensgrenzen ändern sich mit Erhöhung um 20%. Die Energiekosten sollen anteilig beim Bedarf stärker berücksichtigt werden. Zu einer Million derzeitige WohngeldempfängerInnen werden bundesweit weitere zwei Millionen hinzukommen.

Ein vereinfachtes Antragsverfahren ist erforderlich, die Krise ist jetzt, und die Bewilligungen dürfen kein halbes Jahr auf sich warten lassen. Es sollte zu Jahresbeginn auf der neuen gesetzlichen Grundlage beantragt werden.

Zum 1. Januar 23 gibt es voraussichtlich das neue Gesetz. Die (mindestens dreisprachigen) Aufklärungsbroschüren müssen jetzt erstellt werden und in alle Haushalte gelangen mit der Aufforderung, den Anspruch prüfen zu lassen. Wir Gewerkschafter und insbesondere wir Älteren sollten schon jetzt mit unserer Aufklärung und Beratung beginnen. Wird es eine leicht verständliche staatliche Infobroschüre geben, oder ist hier für die Erstellung Handlungsbedarf für uns?

Umzug Älterer in altersgerechten Wohnraum

Es gibt den Wunsch bei vielen Älteren. Zurzeit gibt es bei der SAGA keinen geförderten Wohnungstausch. Die Realisierung muss erleichtert werden, indem SAGA/GWG und Genossenschaften vorangehen: Finanzielle Ermöglichung des Umzugs, Verzicht auf Rückbauforderungen bzw. bei eigenem Badewanneneinbau im Verlaufe einer langen Mietzeit; altersgerechte Ausstattung der neuen Wohnung, Angebot im gleichen Wohnumfeld schafft die erforderliche Sicherheit.

Vorteil für SeniorInnen: Längerer Verbleib im „eigenen“ Wohnraum bei angemessener Wohnungsgröße.

Gesamtgesellschaftlicher Vorteil: Große Wohnungen für Familien werden frei, Nachbarschaften bleiben erhalten und stationäre Pflegebedürftigkeit wird abgewendet.

Es ist zu prüfen, ob es eine städtische oder bezirkliche „Klinke“ gibt, um diese Durchlässigkeit zu fördern (Subventionierung).

Servicewohnanlagen:

Davon gibt es 13 000 in Hamburg. Sie werden von unterschiedlichen Pflegeträgern betreut. Die Rechte der MieterInnen hier müssen gestärkt werden mindestens auf das Niveau in

Pflegeheimen. Hausbeiräte müssen Einsicht nehmen können in Verträge mit z.B. dem DRK, wofür die 50 Euro Service-Pauschale konkret eingesetzt wird.

Bauleitplanung für geförderte barrierearme und –freie Wohnungen

Es muss ein Kataster her mit Bestandsaufnahme über die Wohn- und Lebenssituation älterer Menschen in der Stadt. Der darauf entwickelte Bedarf ist dann Grundlage für die bezirklichen Stadtplanungsausschüsse. Altersgerechtes bezahlbares Wohnen muss sich in den Bebauungsplänen wiederfinden. Gegenüber den Bauträgern und Investoren muss dies hartnäckig durchgesetzt werden.

Arbeitsgruppe Verkehr

Die Mobilitätswende wird gewünscht; sie meint die grundlegende Umgestaltung des öffentlichen Verkehrs zu Gunsten insbesondere ökologischer Konzepte. Beziehen wir uns auf Hamburg, so meint Mobilitätswende zu einem guten Teil Emissionsreduzierung durch Fuß-, Rad- und öffentlichen Personennahverkehr (s. die Bürgerschaftsdrucksache 22/7825 vom 30.3.22).

Wir stellen fest: Neue Radwege werden/wurden nur für eine Gruppe geplant, jedenfalls in der Hauptsache für jüngere Menschen, SeniorInnen kommen jedenfalls explizit nicht vor. Es gibt aber verschiedene Gruppen von Fahrradfahrern. Für ältere Menschen stehen andere Gesichtspunkte im Vordergrund als für junge.

Für ältere Menschen ist es wichtig, eine Anbindung zu Fuß von der Wohnung zur Haltestelle zu haben. Das aber spielt in der Politik nicht die von SeniorInnen gewünschte Rolle. Ältere können häufig nicht mehr Fahrrad fahren; Autofahren geht vielfach noch, aber für Autos fehlt es dann wieder an Parkraum vor der Station.

Die Medien spiegeln ein positives Echo nur für FahrradfahrerInnen, Autos sind nicht erwünscht.

Für FußgängerInnen gibt es etliche Verbesserungsvorschläge. Der Fachverband „Fuß e.V.“ fordert 2,50 m Breite für Fußwege. Bezirk Altona mahnt zureichende Beleuchtung für Fußwege an. Die gemeinsame Nutzung von Fußgängern und Radfahrern ist nicht unproblematisch.

Ältere Menschen benötigen gute Gehwege in Kombination mit Tickets des ÖPNV. Das 49,- € - Ticket, dessen Umsetzung auf sich warten lässt, ist für viele Rentner noch zu teuer. Deshalb wird eine spezielle Hamburger Lösung vorgeschlagen mit Preisen, die geringer sind als 49,- €. – Hessen hat eine solche Lösung: 365 € pro Jahr für SeniorInnen, Studierende und SchülerInnen. – Auch sollte daran gedacht werden, dass viele SeniorInnen unregelmäßig und nicht so oft im Monat eine Fahrkarte benötigen.

Einige Probleme können bei Neuplanungen gelöst werden. Gegenwärtig werden oft Fußwege verknüpft zu Gunsten von Fahrradwegen. – Auch das an sich praktische Schrägparken ist häufig ein Platzproblem (s. Eimsbüttel).

Unser Fazit: Es soll über die Seniorenbeiräte weitergegeben werden, dass die Fußwege mit dem öffentlichen Verkehr harmonisiert werden. – Den SeniorInnen ist die Verbindung von Fußgängerwegen und deren Anbindung an den ÖPNV wichtig.

Wir stellen fest: Ganz ohne Digitalisierung kommen auch die Älteren nicht aus. Deshalb schlagen wir vor: Einfache Karten für Verkehrsteilnehmer, speziell für SeniorInnen. So eine Art Prepaid-Karte wäre gut.

Insgesamt sollte der Verkehr so ausgebaut werden, dass die verschiedenen Bedürfnisse auch befriedigt werden können. Dazu bedarf es der Feinabstimmung in den verschiedenen Bezirken, deren Bedürfnisse im Einzelnen variieren können.

Insgesamt muss der ÖPNV besser und flexibler werden.

Der Autofahrer-Lobby sei Car-Sharing ans Herz gelegt.

Fahrradfahrer sollten daran denken, dass ältere Menschen anders fahren als junge.

Arbeitsgruppe Altersdiskriminierung / Digitalisierung

Generell wurde bemängelt, dass wir älteren Menschen mit unseren Problemen in eine Schublade gesteckt werden, die uns als Randerscheinung der fitten Gesellschaft definiert. Wir werden nicht als integrierter Teil der Gesellschaft wahrgenommen.

Die Diskussion hatte 2 Schwerpunkte:

1) Digitalisierung

Vieles ist ohne Computer kaum noch machbar: Termine bei Ärzten und Behörden, Buchen von Tickets, Banken, Telefongesellschaften...

Forderungen:

- Freier Internetzugang in allen Seniorenheimen
- schnelle, bezahlbare (kostenlose) Hilfen bei Computerproblemen, auch zu Hause
- Der Zugang zur öffentlichen Verwaltung, Banken usw. ohne digitale Hilfsmittel muss erhalten bleiben, z.B. durch persönliche Ansprechpartner in den Behörden, die die notwendigen digitalen Arbeitsschritte dann vor Ort erledigen

2) Altersdiskriminierung

Die Probleme im öffentlichen Raum mit Rollatoren usw. waren zwar auch Diskussionspunkt, werden hier aber nicht wiederholt, weil sie in einer anderen Arbeitsgruppe bearbeitet wurden.

Wegen der zunehmenden Altersarmut ist die Frage der Grundsicherung auch eine Frage der Altersdiskriminierung. Teilhabe, auch kulturelle Teilhabe, ist nur mit einer entsprechenden finanziellen Ausstattung möglich

Durch die zunehmende Konzentration auf separate Einkaufszentren für Oberbekleidung + Lebensmittel, Baumärkte usw. wird es immer schwieriger, Einkäufe für den Altersbedarf zu tätigen. Das öffentliche Leben ist auf mobile, gesunde Menschen ausgerichtet, Ältere tauchen nur als Menschen mit gesundheitlichen Problemen in der Vorabendwerbung auf.

Forderungen:

- Mehr öffentliche Toiletten
- Erheblich breitere Gehwege
- der Bedarfskatalog für die Grundsicherung muss um digitale Endgeräte und die Netzgebühren erweitert werden
- Kostenfreier Zugang zu Museen und Ausstellungen, Verminderter Eintritt bei kulturellen Veranstaltungen

Einige abschließende Überlegungen

Wir wünschen uns, dass die Ergebnisse des Workshops in den verschiedenen Gremien des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften Verbreitung finden, ferner in den Gremien des Landesseniorenbeirats (LSB) und - besonders wichtig – in den Gremien der Bezirksseniorenbeiräte (BSB), damit möglichst viele Gruppen erreicht werden. Es geht um die Verdeutlichung und Durchsetzung der Senioreninteressen.

Weitere Themen, die unmittelbar andocken, sind z.B.

Ärztliche Versorgung oder Sicherheit im Leben von älteren Menschen.